

1 **Antrag an den Landesparteitag am 29.09.2012 in Wiesloch**
2 **Antragsteller: Landesvorstand**

3
4 **Gute Wirtschaft – soziales Baden-Württemberg**
5 **Exportland Baden-Württemberg – Industrielle Kerne sichern**

6
7 Die Menschen in Baden-Württemberg haben am 27. März 2011 den Wechsel gewählt. Die-
8 ser Wechsel war überreif. Auch wirtschaftspolitisch bedarf Baden-Württemberg eines Kurs-
9 wechselfs, um den Wohlstand des Landes zu wahren, das Soziale und das Gemeinwohl zu
10 sichern sowie durch Nachhaltigkeit unsere gemeinsame Zukunft und die nachfolgender Ge-
11 nerationen zu gewährleisten. Baden-Württemberg ist ein wirtschaftsstarkes Land. Wir möch-
12 ten, dass alle Menschen in Baden-Württemberg gut leben. Unser Wohlstand ist nur substan-
13 ziell, wenn er die Verpflichtung und Verantwortung gegenüber anderen einschließt.

14
15 ***Grundsätze und Leitbild sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik***

16
17 Die Wirtschaft soll den Menschen dienen. Unser Leitbild einer fortschrittlichen sozialdemo-
18 kratischen Wirtschaftspolitik ist insbesondere durch folgende Grundsätze geprägt:

- 19
20 • Im Gegensatz zu marktradikaler Politik ist nach unseren Vorstellungen die Wirtschaft der
21 Gesellschaft als Ganzes verpflichtet. Die jüngsten Erfahrungen der Wirtschafts- und Fi-
22 nanzkrise fordern eine neue Ordnung und ein neues Ethos, in dem verantwortungsvolles
23 Handeln der wirtschaftlichen Akteure dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Es ist nicht zufried-
24 enstellend, wenn der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft plakativ als Formel gebraucht
25 wird, ohne die brennenden Fragen der Gegenwart und der Zukunft aufzugreifen. Unser
26 Zukunftsprojekt ist ein sozialdemokratisches Europa, in dem soziale Rechte für alle gel-
27 ten und in dem die Stärken mit den Schwächeren solidarisch sind. Statt Europa kaputt-
28 zuspüren, müssen wir Perspektiven für Wachstum schaffen.
- 29
30 • Nach unseren Vorstellungen wird der Staat nicht ins Abseits gedrängt, er beschränkt sich
31 nicht auf die Abwehr der katastrophalen Folgen der Finanzkrise. Der Staat ist nicht nur
32 Marktstaat. Denn er schafft einen ordnungspolitischen Rahmen. Er schafft Beteiligung
33 der Bürgerinnen und Bürger in der Wirtschaft. Der Staat investiert in Bildung und fördert
34 die Fertigkeiten und Lebensperspektiven der Menschen. Der demokratische Staat achtet
35 nicht nur die Freiheit und sozialen Rechte der Bürger, er ist verpflichtet, diese zu garan-
36 tieren und durchzusetzen.
- 37
38 • Nachhaltigkeit heißt, dass der Wohlstand von heute nicht die Grundlagen des Wohl-
39 stands von morgen untergraben darf. Die Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen und
40 bleibender Wohlstand erfordern ein Wirtschaftsmodell, das den Verbrauch der endlichen
41 Ressourcen begrenzt, der Umweltbelastung Grenzen setzt und für faire Arbeitsbedin-
42 gungen sorgt. Die Entkoppelung von Wachstum und Materialverbrauch ist nicht nur not-
43 wendig, sie ist eine essentielle Grundbedingung für weitere wirtschaftliche Entwicklung.
44 Die ökologischen Herausforderungen können nur bewältigt werden, wenn auch die sozia-
45 len Aspekte und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht vernachlässigt werden.
- 46
47 • Wir wollen Wohlstand für alle. Wirtschaft steht deshalb auch in einer sozialen Verantwor-
48 tung. Dies gilt für alle Akteure. Ein Umdenken ist notwendig. Die marktradikale Logik hat
49 unsere Gesellschaft in eine Krise geführt. Anstelle wirtschaftlichen Handelns, das nur
50 Sachzwängen folgt, ist für uns Wirtschaft eingebunden in die Gesellschaft. Nur eine Ge-
51 sellschaft, die soziale Gerechtigkeit verwirklicht, garantiert im umfassenden Sinn Wohl-
52 stand und einen guten Lebensstandard.
- 53
54 • Eine gut funktionierende Wirtschaft fußt deshalb auf Verteilungs- und Teilhabegerechtig-
55 keit. Alle die zum wirtschaftlichen Erfolg beigetragen haben, müssen fair beteiligt werden.

56 Dies ist Aufgabe der Tarifvertragsparteien, der Gewerkschaften und der Arbeitgeberver-
57 bände. Dort, wo die Handlungsfähigkeit der Tarifpartner begrenzt ist, hat der Staat durch
58 gesetzliche Regelungen sicherzustellen, dass Fairness und soziale Gerechtigkeit nicht
59 verletzt werden.
60

- 61 • Gute Arbeit ist eine wesentliche Voraussetzung für soziale Teilhabe. Sozialdemokrati-
62 sche Wirtschaftspolitik hat Vollbeschäftigung zum Ziel. Jeder muss die Möglichkeit haben,
63 einer seinen Fähigkeiten entsprechenden Arbeit nachzugehen. Wir orientieren uns dabei
64 am Leitbild guter Arbeit, die durch faire Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen, lebensbe-
65 gleitendes Lernen und sichere Beschäftigung gewährleistet wird.
66

67 ***Exportland Baden-Württemberg, internationale Verflechtung und europäische Integra-*** 68 ***tion*** 69

70
71 Die Wirtschaft Baden-Württembergs ist in besonderem Maße international verflochten und in
72 seiner Mehrheit exportorientiert. Unternehmen, darunter viele mittelständische, agieren inter-
73 national. Das baden-württembergische Erfolgsmodell beruht auf dieser starken Verflechtung
74 und belegt, dass unsere Wirtschaft durch hohe Innovationsbereitschaft und Produktivität ihre
75 Wettbewerbsfähigkeit behaupten kann. Hierauf gründet unser Wohlstand. Schneller als an-
76 dere Wirtschaftsregionen hat Baden-Württemberg die schwere Krise 2009/10 überwunden.
77 Neue Märkte, insbesondere in den neuen Wachstumsregionen (BRIC-Staaten), konnten er-
78 schlossen werden. Weiterhin gehen über die Hälfte unserer Exporte in die Länder der Euro-
79 päischen Union und 36 Prozent in die Eurozone. Mehr als in anderen Regionen ist der wirt-
80 schaftliche Erfolg in Baden-Württemberg von der weiteren Entwicklung Europas und der
81 Stabilität des Euro abhängig. Wir sind Betroffene und deshalb hat Baden-Württemberg ein
82 vitales Interesse, dass der europäische Integrationsprozess vorankommt und dass die von
83 der Krise besonders gebeutelten Länder wieder auf die Beine kommen.
84

85 Statt zögerlicher Maßnahmen zur Katastrophenabwehr und der einseitigen Fokussierung auf
86 eine rigide Sparpolitik brauchen wir Wachstumsimpulse und mutige Schritte in ein soziales
87 und demokratisches Europa. Eine Finanztransaktionssteuer ist nicht nur längst überfällig und
88 notwendig, um Spekulation zu begrenzen und Steuergerechtigkeit gegenüber der Realwirt-
89 schaft sicherzustellen. Die Wirtschafts- und Währungsunion macht eine Fiskalunion erforder-
90 lich. Neben einer Steuerharmonisierung und Stärkung der Staatseinnahmen durch Besteue-
91 rung der Vermögen brauchen wir Instrumente wie einen Altschuldentilgungsfonds, um die
92 Verschuldung in den Griff zu bekommen. ESM und Fiskalpakt reichen dafür nicht aus. Au-
93 ßerdem müssen wir die soziale Dimension Europas stärken, indem wir die Sozialunion ver-
94 wirklichen. Dazu müssen unter anderem soziale Mindeststandards verbindlich vereinbart und
95 die Mitbestimmung auf europäischer Ebene ausgebaut werden. Schließlich müssen auch die
96 demokratischen Strukturen in Europa weiterentwickelt werden, um die demokratische Legi-
97 timation und das Vertrauen der Menschen in die europäische Ebene zu erhöhen. Statt eines
98 bürokratischen Exekutivföderalismus brauchen wir mehr Demokratie in Europa. Das Europä-
99 ische Parlament spielt dabei als einzige direkt gewählte Institution eine zentrale Rolle. Es
100 muss weitere Kompetenzen erhalten, an vorderster Stelle das volle Initiativrecht.
101

102 ***Industrielle Kerne sichern - das industrielle Erfolgsmodell zukunftsfähig machen*** 103

104
105 Die Wirtschaft Baden-Württembergs ist durch einen starken industriellen Kern geprägt. Fast
106 30 Prozent der Menschen arbeiten im industriellen Sektor. Während in anderen Staaten in-
107 dustrielle Bereiche deutlich an Bedeutung verloren haben, zeichnet sich die baden-
108 württembergische Industrie durch hohe Innovationskraft aus. Die Industrie Baden-
109 Württembergs ist eine treibende Kraft wirtschaftlicher Entwicklung. Maschinen- und Fahr-
110 zeugbau, Elektrotechnik, Optik, Pharmaindustrie und Medizintechnik sind wissensintensive
111 Wirtschaftsbereiche. Die wirtschaftliche Stärke Baden-Württembergs liegt im erfolgreichen

112 Zusammenspiel des produzierenden Gewerbes mit den produktionsnahen Dienstleistungen.
113 Industrie und Dienstleistungen ergänzen sich. Die klassische Differenzierung wird immer
114 problematischer, zumal Wertschöpfungsprozesse zwischen beiden Sektoren vernetzt statt-
115 finden. Damit hängen aber ca. 60 Prozent aller Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der wirt-
116 schaftlichen Entwicklung der industriellen Kerne ab.

117
118 Eine passive Strategie des Laisser-faire wird zwangsläufig zu einem Schrumpfen des Indust-
119 riesektors führen. Hauptbetroffene wären Beschäftigte an einfachen Industriearbeitsplätzen.
120 Um die Wirtschafts- und Innovationskraft unseres Landes zu erhalten, bedarf es zielgerichte-
121 ter Initiativen und Aktivitäten. Hier liegt die besondere Aufgabe der Wirtschafts- und Indust-
122 riepolitik. Zusammen mit allen Akteuren hat sie ressortübergreifend die vereinbarten Aufga-
123 ben zielorientiert abzustimmen und zu koordinieren.

124
125

126 ***Herausforderungen für unsere Wirtschaftspolitik – säkulare Trends***

127
128 Die Wirtschafts- und Arbeitswelt waren in den letzten Jahrzehnten einem starken Wandel
129 unterworfen, der zugleich enorme Auswirkungen auf die privaten Lebensbedingungen hatte.
130 Insgesamt ist nur noch knapp ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung in einem so ge-
131 nannten Normalarbeitsverhältnis (unbefristete abhängige Vollzeitbeschäftigung) tätig. (Solo-)
132 Selbständigkeit, befristete Beschäftigung, Leih- oder Zeitarbeit sowie vor allem Teilzeitbe-
133 schäftigung haben zugenommen.

134
135 Zugleich häufen sich die Übergänge zwischen alternativen Beschäftigungsformen sowie zwi-
136 schen Phasen der Beschäftigung und der Beschäftigungslosigkeit. Durch veränderte Be-
137 schäftigungsformen in Verbindung mit einem strukturellen Wandel unserer klassischen In-
138 dustriegesellschaft zu einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft nehmen die Ein-
139 kommensrisiken im Lebensverlauf zu. Die Anforderungen an lebensbegleitendes Lernen sind
140 gewachsen, ohne parallel gesellschaftlich tragfähige Strukturen zu schaffen, die diesen Pro-
141 zess begleiten.

142
143 Neben den Beschäftigungsformen haben sich auch die Arbeitsbedingungen verändert. Mo-
144 derne Informations- und Kommunikationsmedien bestimmen mittlerweile die meisten Berei-
145 che unserer Arbeitswelt. Technische Innovationen führen zu immer schnelleren Verände-
146 rungen. Dadurch veraltet Wissen zunehmend schneller. Die Anforderungen an die Flexibilität
147 und Lernbereitschaft der Belegschaften sind dramatisch gestiegen.

148
149 Gerade im Kontext des demografischen Wandels stellt dies eine große Herausforderung für
150 die Beschäftigten, die Unternehmen aber auch die Politik dar. Während in Baden-
151 Württemberg die Bevölkerung, ohne präventives Einschreiten seitens der Politik, in den
152 nächsten 30 Jahren allenfalls geringfügig zurückgehen wird, wird das Erwerbspersonenpo-
153 tenzial im gleichen Zeitraum um rund ein Viertel schrumpfen. Das bedeutet, dass der annä-
154 hernd gleiche Wohlstand in Zukunft mit einer deutlich geringeren Anzahl an Personen produ-
155 ziert werden muss. Zugleich werden wir es mit einer deutlich älteren Erwerbsbevölkerung zu
156 tun haben. Ebenso müssen wir offen für Zuwanderung sein und als Chance für unsere wirt-
157 schaftliche Entwicklung begreifen.

158
159 Baden-Württemberg wird bereits in den kommenden Jahren zusätzliche Fachkräfte benöti-
160 gen. Diese Entwicklung wird durch den demografischen Wandel mittelfristig weiter verschärft
161 werden. Neueste Studien zeigen, dass in Deutschland vor allem Fachkräfte im Bereich der
162 Ausbildungsberufe fehlen werden.

163
164 Gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben gezeigt, dass wir in der Wirt-
165 schäfts- und Beschäftigungspolitik die richtigen Weichen stellen. Der deutsche Arbeitsmarkt
166 hat sich im weltweiten Vergleich der Industrienationen seit 2006 am besten entwickelt. Das
167 erste Mal ist die Sockelarbeitslosigkeit nach einem Konjunkturzyklus nicht mehr angestiegen,

168 sondern sogar zurückgegangen. Die Übergänge aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung haben
169 erkennbar zugenommen. Aus der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise ist die deutsche Wirt-
170 schaft stark hervorgegangen. Die Reformen auf dem Arbeitsmarkt, die Stabilisierungsmaß-
171 nahmen in der Großen Koalition – insbesondere die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes –
172 und die Stärkung der industriellen Kerne haben dazu beigetragen. All dies waren sozialde-
173 mokratische Projekte.

174
175 Wir machen uns aber keine Illusionen, dass ein hohes Wirtschaftswachstum und eine gute
176 Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt selbstverständlich sind und sich verselbständigen werden.
177 Wir wollen daher gleichermaßen die Errungenschaften der vergangenen Jahre sichern,
178 Fehlentwicklungen korrigieren und uns mit voller Kraft den kommenden Herausforderungen
179 zuwenden.

180
181 Wir wissen, dass die Bewältigung dieser Herausforderungen in erster Linie von den Men-
182 schen geleistet werden muss, die in unserer Wirtschaft Verantwortung tragen – von den Un-
183 ternehmerinnen und Unternehmern ebenso wie von den Beschäftigten, ihren Betriebsräten
184 und Gewerkschaften. Zugleich sind wir uns der Rolle und Verantwortung der Landespolitik
185 bewusst. Die Politik muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen, Innovationen befördern,
186 strukturelle Veränderungen begleiten und gestalten und wo notwendig Fehlentwicklungen
187 gegensteuern.

188
189 Die finanziellen Möglichkeiten der Landespolitik sind begrenzt. Die Vorgängerregierung hat
190 eine jährliche Deckungslücke von 2,5 Milliarden Euro hinterlassen. Unser Land steht zudem
191 vor einem gewaltigen Sanierungsstau bei landeseigenen Gebäuden und bei den Landes-
192 straßen. Hinzu kommen wachsende finanzielle Belastungen durch steigende Pensionsaus-
193 gaben. Eine steigende Schuldenlast bringt den Staat in eine gefährliche Abhängigkeit von
194 den Finanzmärkten. Schulden schaffen Verteilungsungerechtigkeit, wenn fair erarbeitete
195 Steuermittel wegen wachsender Zinszahlungen in den Finanzmarkt abfließen und damit de
196 facto Umverteilung von unten nach oben stattfindet. Ohne haushaltspolitische Handlungs-
197 spielräume ist Politik aber nicht gestaltunfähig. Eine Konsolidierung der Haushalte erfor-
198 dert deshalb eine Verbesserung der Einnahmeseite durch eine gerechte Steuerpolitik. Eine
199 einseitige Sparpolitik verfehlt das Ziel der Schuldenreduzierung und beeinträchtigt notwendi-
200 ge öffentliche Investitionen. Aufgrund der begrenzten Mittel sind aber Prioritätensetzungen in
201 der Wirtschaftspolitik unvermeidlich.

202
203

204 ***Wirtschaftspolitik im Dialog***

205
206 Um die wirtschaftlichen Herausforderungen Baden-Württembergs erfolgreich zu bewältigen,
207 bedarf es der Vereinbarung gemeinsamer Zielstellungen zwischen Wirtschaft und der Lan-
208 despolitik. Mit einer dialogorientierten Wirtschaftspolitik wollen wir eine neue Qualität der
209 Zusammenarbeit der Akteure erreichen, die über den üblichen Informationsaustausch hinaus-
210 geht.

211
212 Über den institutionalisierten und strukturierten Dialog soll aktive Beteiligung und Einbezie-
213 hung bei wesentlichen wirtschaftspolitischen Aufgabenstellungen erfolgen, um durch eine
214 gemeinsame Orientierung auf wichtige Themen-, Zukunfts- und Handlungsfelder die Errei-
215 chung gemeinsam festgelegter Ziele sicherzustellen. In den Dialog müssen alle Beteiligten
216 eingebunden werden. Hierzu gehören neben den Wirtschaftsverbänden und Unternehmen,
217 den Gewerkschaften und Betriebs- und Personalräten, den Kammern, Hochschulen und der
218 Agentur für Arbeit auch regionale Vertreter. Unsere Allianz für Fachkräfte ist ein Beleg für
219 diese Kultur des Dialogs in der Wirtschaftspolitik – nicht nur reden auf Augenhöhe, sondern
220 durch Handeln auf Augenhöhe wollen wir Baden-Württemberg voran bringen.

221
222 Dabei ist es uns wichtig, die Verbraucherinnen und Verbraucher einzubeziehen, denn Ver-
223 braucherpolitik ist Wirtschaftspolitik von der Nachfrageseite. Eine sozial-ökologische Neu-

224 ausrichtung, die auf Transparenz setzt und von den Verbraucherinnen und Verbrauchern
225 mitgestaltet wird, sichert eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und Unterstützung.

226 **Gute Arbeit als produktive Kraft für ein gutes Leben**

227
228 Arbeit ist nicht nur ein Produktionsfaktor. Eine moderne Wirtschaftspolitik misst der Arbeit
229 einen zentralen Stellenwert bei. Alle Arbeit – einfache wie hochqualifizierte - muss mehr
230 Wertschätzung erfahren, denn ihre Wertschöpfung schafft Wohlstand. Prekäre Beschäfti-
231 gung schließt Menschen nicht nur von gesellschaftlicher Teilhabe aus, sondern ist zugleich
232 Missachtung von Menschen, die notwendige und sinnvolle Arbeit verrichten. Durch Rationa-
233 lisierung und Intensivierung haben sich die Leistungsanforderungen spürbar verändert. Die
234 physischen und psychischen Belastungen haben zugenommen und gefährden die Gesund-
235 heit der Menschen. Arbeit darf nicht krank machen, auch das ist ein wesentlicher Bestandteil
236 guter Arbeit.

237
238 ‚Gute Arbeit‘ steht für eine moderne Arbeits- und Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg.
239 Gerade in unserem Land haben die Tarifpartner mit Regelungen zu Entgelt, Qualifizierung,
240 der Regulierung der Leiharbeit und Beschäftigung richtungsweisende Vereinbarungen getrof-
241 fen. Sozialdemokratische Arbeitspolitik stellt sich keineswegs nur den sozialen Fragen, die
242 direkt aufgeworfen werden. Die Herausforderungen des Strukturwandels, die Sicherung der
243 Wettbewerbsfähigkeit und die ökologische Modernisierung sind nur mit einer Arbeitspolitik
244 zu bewältigen, die sich konsequent am Leitbild guter Arbeit orientiert.

245
246 Auch wenn die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in erster Linie Aufgabe der Betriebs- und
247 Tarifparteien ist, hat Politik die Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich
248 Arbeit gut entfalten kann.

- 249
- 250 • Prekäre Beschäftigung und gute Arbeit widersprechen sich. Mit dem Tariftreuegesetz
251 setzt die grün-rote Landesregierung ein überfälliges Zeichen, denn die CDU geführte
252 Bundesregierung weigert sich, Tariflöhne oder zumindest einen flächendeckenden Min-
253 destlohn als Standard für öffentliche Aufträge einzuführen. In der Metall- und Elektroin-
254 dustrie wurde durch einen Tarifvertrag eine Regelung geschaffen, welche den Miss-
255 brauch von Leiharbeit eindämmt. Dies ist ein beispielhafter Schritt in einer in Baden-
256 Württemberg bedeutenden Wirtschaftsbranche. Trotzdem sind gesetzliche Regelungen
257 erforderlich, welche gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit, die Begrenzung der
258 Verleihzeit und ein Verbot der Synchronisation vorsehen. Dies erfordert eine Stärkung
259 der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte, die zugleich sicherstellen
260 müssen, dass eine Eindämmung der Leiharbeit nicht durch prekäre Beschäftigung mittels
261 Werkverträgen unterlaufen wird. Neben branchenbezogenen Mindestlöhnen ist ein all-
262 gemeiner gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro notwendig. Wir erwarten,
263 dass die Landesregierung die Arbeitsbedingungen in landeseigenen Unternehmen stän-
264 dig prüft und mögliche prekäre Beschäftigung unterbindet.
 - 265
266 • Gute Arbeit wird durch Tarifnormen gestaltet. Dies setzt die Handlungsfähigkeit der Ta-
267 rifpartner voraus. Baden-Württemberg ist nicht nur ein Land der Produktinnovationen. In
268 Baden-Württemberg werden richtungsweisende Tarifabschlüsse ausgehandelt, um infol-
269 ge der wirtschaftlichen und strukturellen Veränderungen die Arbeitsbedingungen zu ge-
270 stalten. Der Flächentarifvertrag und die Tarifautonomie sind unverzichtbare Gestaltungs-
271 instrumente, die eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung fördern und faire Arbeitsbedin-
272 gungen garantieren. Hierzu gehört auch die Mitbestimmung auf betrieblicher und auf Un-
273 ternehmensebene. Wir möchten die Partizipations- und Beteiligungsrechte der einzelnen
274 Beschäftigten fördern und durch die Senkung der Schwelle für die Unternehmensmitbe-
275 stimmung die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
276 stärken. Der sozial-ökologische Modernisierungsprozess vollzieht sich konkret in den Be-
277 trieben. Wir wollen die Betriebsräte mit ihren Kompetenzen aktiv in diesen Gestaltungs-
278 prozess einbinden.
 - 279

- 280 • Wachsende Leistungsanforderungen stehen im Gegensatz zu guter Arbeit. Die Gestal-
281 tung guter Arbeitsbedingungen ist eine wichtige Aufgabe, um die Beschäftigungsfähigkeit
282 während des gesamten Arbeitslebens zu gewährleisten. In Zusammenarbeit mit den
283 Renten- und Krankenversicherungsträgern, den Berufsgenossenschaften, den Sozial-
284 partnern und der Gewerbeaufsicht koordiniert die Landesregierung Initiativen zur Präven-
285 tion und Gesundheitsförderung.
286
- 287 • Mit der Allianz für Fachkräfte werden Maßnahmen zur Bewältigung des demographi-
288 schen Wandels und zur Deckung des Fachkräftebedarfs eingeleitet. Trotzdem brauchen
289 wir aufgrund der Arbeitsbedingungen in vielen Wirtschaftsbereichen auch in Zukunft fle-
290 xible Altersübergangsmodelle, die ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben
291 ermöglichen. Dies ist in einem Land wie Baden-Württemberg mit seiner ausgeprägten
292 Industriestruktur von besonderer Bedeutung.
293
- 294 • Innovationen und Sicherung der Produktivität verlangen wachsende Qualifikationsanfor-
295 derungen. Gute Bildung ist Voraussetzung für gute Arbeit. Investitionen in schulische Bil-
296 dung, Aus- und Weiterbildung sind deshalb unverzichtbar. Es muss verhindert werden,
297 dass junge Menschen ohne Abschluss in das Berufsleben eintreten. Gerade hier setzt
298 die Gemeinschaftsschule an. Jedem jungen Menschen muss ein seiner Fähigkeiten
299 entsprechenden Berufsabschluss ermöglicht werden. Das Land Baden-Württemberg si-
300 chert mit einer guten fachlichen und baulichen Ausstattung der beruflichen Schulen und
301 einem Abbau des Defizits in der Unterrichtsversorgung einen hohen Standard der beruf-
302 lichen Bildung. Die Durchlässigkeit im Bildungssystem muss real verbessert werden.
303 Hinzu kommt, dass wir eine Kultur der zweiten Chance schaffen müssen. Wer am An-
304 fang keine Ausbildung macht, braucht eine neue Chance viele Jahre später. Und wir
305 brauchen eine Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung,
306 die lebensbegleitendes Lernen mit organisiert, bevor man von Arbeitslosigkeit betroffen
307 ist.
308
- 309 • Die Menschen brauchen Rahmenbedingungen, in denen sie Leben und Beruf gut mitei-
310 nander vereinbaren können. Dem steht ein Trend zur Ausweitung flexibler Arbeitszeiten
311 und Schichtarbeit entgegen. Notwendig ist deshalb der Ausbau bezahlbarer Ganztagsbe-
312 treuung von Kindern sowie der ambulanten Pflege von Familienangehörigen.
313
- 314 • Viele Unternehmen Baden-Württembergs sind auch im Ausland tätig. Aufgabe ist es,
315 auch in den Auslandsunternehmen gute Arbeitsstandards zu schaffen. Das Selbstver-
316 ständnis, Musterland zu sein, endet nicht an den Landesgrenzen. Durch Codes of
317 Conduct und gelebte Corporate Social Responsibility (CSR) tragen Unternehmen gesell-
318 schaftliche Verantwortung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Ar-
319 beits- und Lebensbedingungen in Ländern mit niederen Standards.
320
- 321 • Frauen sind im Arbeitsleben benachteiligt. Immer noch sind die Entgeltunterschiede
322 enorm, Baden-Württemberg ist Spitzenreiter bei der Entgeltdifferenz mit 28%, bundes-
323 weit liegt der Schnitt bei 23%. Um diesen Gender-Pay-Gap zu schließen und Gerechtig-
324 keit zu schaffen brauchen wir ein mutiges Gesetz zur Sicherstellung von Entgeltgleichheit.
325 Zumeist werden Frauen unter ihren Möglichkeiten beschäftigt. Damit mehr Frauen in
326 Führungspositionen gelangen, muss für Aufsichtsräte und Vorstände eine Geschlechter-
327 quote von 40% gelten. Durch eine Reform der Mini-Jobs müssen neben einer besseren
328 sozialen Absicherung Anreize zur Aufnahme einer umfangreicheren Tätigkeit geschaffen
329 werden. Wir wollen die volle Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro.
330
- 331 • In Baden-Württemberg leben überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshinter-
332 grund. Durch ihre Arbeit haben sie einen bedeutenden Beitrag zur wirtschaftlichen Ent-
333 wicklung unseres Landes geleistet. Stärker als andere Bevölkerungsgruppen sind sie in
334 ungesicherten Arbeitsverhältnissen. Ihre Betroffenheit bei Arbeitslosigkeit ist doppelt so
335 hoch. Deshalb brauchen wir hier besondere Maßnahmen, die sicherstellen, dass auch

336 sie in guter Arbeit beschäftigt bleiben. Wichtig sind Maßnahmen, die benachteiligten Ju-
337 gendlichen die Chance ebnet, durch einen erfolgreichen Berufsabschluss eine gesicher-
338 te Perspektive zu bekommen. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse muss
339 erleichtert werden. Es muss möglich sein, dass bei der Überprüfung ausländischer Be-
340 rufsabschlüsse aufgefundene fehlende Qualifikationen nachgeholt werden können. Hier-
341 zu bedarf es einer gezielten Förderung durch die Agentur für Arbeit.

342
343

344 **Ökonomischen und Ökologischen Wandel durch Stärkung der Branchen gestalten**

345

346 Die baden-württembergische Wirtschaft zeichnet sich durch hohe Innovationskraft aus. Dies
347 ist unsere Stärke. Innovationen sind der wesentliche Schlüsselfaktor, um die tiefgreifenden
348 Veränderungen in der Gesellschaft sowie die globalen ökonomischen und ökologischen Her-
349 ausforderungen erfolgreich zu meistern. Innovationspolitik hat deshalb einen zentralen Stel-
350 lenwert. Von besonderer Wichtigkeit ist aber, dass Baden-Württemberg sowohl Technologie-
351 als auch Produktionsstandort bleibt. Neben Forschung und Entwicklung muss auch die In-
352 dustrialisierung durch die vorhandene Produktionskompetenz im Land gesichert werden. Es
353 geht auch um den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Produktion.

354

355 Unser Land ist geprägt durch eine wettbewerbsstarke Automobil- und Zulieferindustrie. Hier
356 stehen wir vor großen Umwälzungen. Notwendige Schadstoffreduzierungen, neue Antriebs-
357 konzepte, Marktverschiebungen und neue Mobilitätskonzepte sind Triebkräfte für einen um-
358 fassenden Strukturwandel, der unser Land mehr treffen wird als andere.

359

- 360 • In längerfristiger Perspektive werden neue Antriebssysteme in Autos (Elektromotor,
361 Brennstoffzelle) das Fahrzeug grundlegend verändern. Anstelle des Verbrennungsmo-
362 tors hat bei alternativen Antriebssystemen die Batterie als Energiespeicher den höchsten
363 Wertschöpfungsanteil. Wertschöpfungsketten mit Folgen für die Unternehmen, Beschäf-
364 tigung und Qualifikationsanforderungen werden sich deshalb radikal verändern. Eine
365 umweltfreundliche E-Mobilität erfordert zugleich eine neue Infrastruktur, die aus regene-
366 rativen Energien erzeugten Strom bereitstellt. Über die Nationale Plattform Elektromobili-
367 tät, die Landesagentur für Elektromobilität und Brennstoffzellentechnologie fördert das
368 Land den Einstieg in neue Antriebskonzepte. Begleitet wird dies durch eine Forschungs-
369 politik, die sicherstellt, dass die erforderlichen Kompetenzen in den perspektivischen
370 Technologiefeldern wie z.B. Elektrochemie entwickelt werden.
- 371
372 • Der Verbrennungsmotor für sich oder als Bestandteil von Hybridsystemen wird neben der
373 Elektrifizierung des Antriebstrangs eine längerfristige Zukunft haben. Über weitere Inno-
374 vationen sind Effizienzsteigerungen von 10 Prozent in den nächsten Jahren möglich.
375 Gepaart mit alternativen Kraftstoffen oder regenerativ gewonnenen Energieträgern sind
376 diese technologischen Weiterentwicklungen unverzichtbare Bausteine für weitere CO2-
377 Senkungen. Viele Unternehmen, die in Baden-Württemberg angesiedelt sind, können
378 hierzu wichtige Beiträge leisten und sichern damit Arbeitsplätze.
- 379
380 • Durch Gewichtsminderung und Leichtbau der Fahrzeuge sind weitere Schadstoffreduzie-
381 rungen erzielbar. Neue Materialien und ihre Kombination mit herkömmlichen Werkstoffen
382 stellen neue Herausforderungen an die Produkt- und Prozesstechnologie, um Produkte
383 zu akzeptablen Preisen herzustellen. Zugleich ist Leichtbau ein Feld für den Maschinen-
384 und Anlagenbau.
- 385
386 • Den Umweltindustrien wird eine Verdoppelung des Wachstums bis 2020 prognostiziert.
387 Neue Potentiale ergeben sich für den Maschinen- und Anlagenbau durch die Herstellung
388 spezifisch umwelttechnischer Maschinen und Anlagen, die Verbesserung der Ressour-
389 ceneffizienz der hergestellten Produkte sowie der Steigerung der Energie- und Material-
390 effizienz bei der Herstellung der Maschinen und Anlagen. Durch Anwendung bereits vor-

391 handener Technologien könnte der Energiebedarf der Maschinen um 15 Prozent redu-
392 ziert werden.
393

- 394 • Diese erzielbaren Effizienzsteigerungen, unterstützt durch eine landespolitisch geförderte
395 CleanTech-Strategie, sind weitere Innovationstreiber, die zur Sicherung der industriellen
396 Kerne beitragen können. Der wachsende Serviceanteil schafft weitere Potentiale für pro-
397 duktionsorientierte Dienstleistungen.
398
- 399 • Verbesserte Rohstoffeffizienz und Materialrückgewinnung durch Recycling muss gleich-
400 zeitig ergänzt werden durch eine vorausschauende Rohstoffpolitik, die sicherstellt, dass
401 für Unternehmen des Landes nicht Versorgungsengpässe entstehen.
402

403 Die Pharmaindustrie und die Medizintechnik sind Wachstumsbranchen mit bedeutenden
404 Unternehmen in Baden-Württemberg. Durch exzellente Grundlagenforschung an Hochschu-
405 len und außeruniversitären Einrichtungen insbesondere im Bereich der Biotechnologie ent-
406 stehen neue Zukunftsfelder für weitere Beschäftigung mit anspruchsvollen Arbeitsplätzen.
407

408

409 **Standortfaktor Energiesicherheit**

410

411 Versorgungssicherheit auf dem Energiesektor ist eine zentrale Bedingung für den Erhalt des
412 Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg. Die Landesregierung hat daher einen Masterplan
413 erarbeitet, nachdem bis 2020 ca. 38% und bis 2050 etwa 86% der Energieversorgung im
414 Land mit Erneuerbaren Energien erreicht sein soll. Dazu bauen wir Hindernisse im Planungs-
415 recht ab und ersetzen die wegfallende Atomenergie durch Steigerung der Anteile an Wind-
416 kraft, Photovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie. Wir investieren in Forschung
417 und Entwicklung von Speichermedien bzw. Technologien zur Umwandlung von Strom zu
418 Gas. Auch durch den Ausbau der Elektromobilität wird ein Teil der notwendigen Speicherka-
419 pazität geschaffen. Durch diese Verbindung von Erneuerbaren Energien und Elektromobilität
420 macht die E-Mobilität überhaupt erst Sinn, denn so kommt der erforderliche Strom aus CO2-
421 neutralen Energien.
422

423

424 Die notwendige Energiewende bringt also wichtige Innovationspotentiale durch den be-
425 schleunigten Ausbau erneuerbarer Energien und schafft weitere Produktionsbereiche, vor
426 allem bei Windkraft, Solarenergie, aber auch bei den Speichertechnologien.

427 Unser Ziel ist eine möglichst dezentrale Energieerzeugung. Aber Baden-Württemberg ist
428 keine Insel. Daher bekennen wir uns auch zu der Notwendigkeit von Zubau und Ertüchtigung
429 der Netzinfrastruktur für Strom. Wir unterstützen die Forderung nach Gründung einer
430 „Deutschland-Netz-AG“ mit entscheidender staatlicher Beteiligung, damit die Modernisierung
431 der Stromnetze zeitnah vorangeht. Und wir brauchen intelligente Netze, mit denen sich
432 Stromfluss steuern und damit die erforderliche Bereitstellung von Grundlast reduzieren lässt.

433

434 Die Energiewende bietet unserer Wirtschaft, den Stadtwerken sowie der EnBW die Möglich-
435 keit, diese aktiv mitzugestalten und voranzutreiben. Baden-Württemberg muss hier eine Vor-
436 reiterrolle einnehmen, insbesondere indem der durch die restriktive Regelung der Vorgänger-
437 regierung entstandene Investitionsstau an Windenergie aufgeholt wird. Dies sichert und
438 schafft Arbeitsplätze vor Ort.

439

440 Zugleich muss aber sichergestellt werden, dass energieintensive Unternehmen ihre Wettbe-
441 werbsfähigkeit nicht verlieren.
442

443

444

445 **Mittelstand und Dienstleistungen stärken**

446

447 Baden-Württemberg hat einen starken Mittelstand in der gesamten Fläche des Landes. Klei-
448 nere und mittlere Unternehmen sind wesentlicher Teil der Dynamik und der wirtschaftlichen

447 Stabilität. Wirtschaftspolitik ist deshalb im Besonderen Politik für den Mittelstand, der das
448 Rückgrat der Wirtschaft bildet. Gerade in der Krise waren die mittleren und kleineren Betriebe
449 wichtige Stabilitätsfaktoren. Die neuen wirtschaftlichen Herausforderungen erfordern eine
450 neue Mittelstandspolitik. Die notwendige Energiewende und das Feld der Ressourceneffizienz
451 sind aktuelle Innovationsfelder, die gerade im Handwerk und in mittelständischen Unternehmen
452 neue Impulse verleihen können. Deshalb bedarf der Mittelstand der besonderen
453 Förderung.

- 454
- 455 • Notwendig ist eine Innovationsstrategie, die den Mittelstand einbindet und eine steuerliche
456 FuE-Förderung anbietet, die auf kleine und mittlere Unternehmen zugeschnitten sind. Mittel
457 des europäischen Strukturfonds sind stärker für Mittelstand, Innovationen und
458 Technologietransfer einzusetzen.
 - 459
 - 460 • Das Mittelstandsförderungsgesetz des Landes wird auf den Prüfstand gestellt und reformiert.
461 Unternehmensgründungen müssen gefördert werden. Gerade der Mittelstand muss von bürokratischen
462 Hemmnissen entlastet werden.
 - 463
 - 464 • Die Internationalisierungsanstrengungen der mittelständischen Unternehmen müssen
465 unterstützt werden durch eine auf die Bedürfnisse dieser Unternehmen ausgerichteten
466 Außenwirtschaftsförderung.
 - 467
 - 468 • Zentral für die Mittelstandsförderung ist die Finanzierung von Investitionen und Wachstum.
469 Baden-Württembergs Mittelstand benötigt deshalb eine partnerschaftliche Bankeninfrastruktur.
470 Für die mittelständische Wirtschaft ist die LBBW zusammen mit den Sparkassen unverzichtbar.
471 Ein öffentlich rechtlich strukturiertes Kreditgewerbe ist neben den Genossenschaftsbanken Teil
472 einer soliden Finanzierung von Unternehmen des Mittelstands und des Handwerks.
 - 473

474

475

476 ***Den Fachkräftebedarf und Qualifikationen sicherstellen***

477

478 Baden-Württemberg braucht eine Qualitätsoffensive auf dem Arbeitsmarkt. Wenn die wirtschaftliche
479 und technologische Spitzenstellung erhalten werden soll, bedarf es gut ausgebildeter Fachkräfte.
480 Bereits heute gibt es Bereiche in denen Fachkräftemangel herrscht. In Folge des demografischen
481 Wandels wird sich dieses Problem verschärfen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die
482 Qualifikation der Beschäftigten.

483

484 Mit der „Allianz für Fachkräfte“ erfolgt auf landespolitischer Ebene ein wichtiger Impuls. Gemeinsames
485 Ziel muss es sein, den Fachkräftebedarf in Baden-Württemberg zu decken und dem bereits mittelfristig
486 drohenden Mangel von mehr als 200.000 Fachkräften rechtzeitig entgegenzutreten.

487

488

489 Der wachsende Fachkräftebedarf kann nur mit einer koordinierten Strategie gedeckt werden.
490 Dazu gehören insbesondere folgende Maßnahmen:

- 491
- 492 ▪ Die Reduzierung der Zahl der Schulabgänger/innen ohne Schulabschluss und die Sicherstellung
493 des Übergangs in eine Ausbildung
 - 494 ▪ Die Verringerung der Ausbildungs- und Studienabbrüche
 - 495 ▪ Der Ausbau der Aus- und Weiterbildung auch in der Arbeitsmarktpolitik und deren
496 Ausrichtung auf die zukünftigen Anforderungen
 - 497 ▪ Mehr Beschäftigung von Frauen
 - 498 ▪ Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
 - 499 ▪ Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung im Alter durch altersgerechte Arbeitsbedingungen
 - 500
 - 501 ▪ Die Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten
 - 502 ▪ Die Förderung von Zuwanderung, insbesondere aus dem europäischen Ausland.

503
504
505
506
507
508
509
510
511
512
513
514
515
516
517
518
519
520
521
522
523
524
525
526
527
528
529
530
531
532
533
534
535
536
537
538
539
540
541
542
543
544
545
546
547
548
549
550
551
552
553
554
555
556
557
558

Bereits im ersten Jahr hat die neue Landesregierung eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen ergriffen. Mit der Förderung der Kleinkinderbetreuung werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Entwicklungschancen benachteiligter Kinder deutlich verbessert. Die Gemeinschaftsschule und die Abschaffung der Studiengebühren sind Schritte für mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung. Modellprojekte für alleinerziehende Mütter unterstützen ihre berufliche Integration.

Die SPD Baden-Württembergs steht für kostenfreie Bildung – von der Kindertageseinrichtung bis zum Erststudium. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen. Die wirtschaftlichen Potentiale unseres Landes sind die Menschen. Sie zu fördern ist Aufgabe einer umfassenden Bildungspolitik, die sich keineswegs auf wirtschaftliche Rationalität reduzieren lassen darf.

- Wir brauchen alle Begabungen und Fähigkeiten. Kein Kind und kein Jugendlicher darf zurückgelassen werden. Alle Jugendlichen haben ein Recht auf eine fundierte Berufsausbildung. Der direkte Einstieg insbesondere der Hauptschüler, Werkreal- und Realschüler in eine duale Ausbildung muss wieder zum Regelfall werden. Wir werden das duale System der Berufsausbildung erhalten, stärken und weiterentwickeln. Die Absolventen der dualen Berufsausbildung sollen in Zukunft zur Kammerprüfung zugelassen werden.
- Die Übergangssysteme (BVJ, VAB, BEJ) werden wir grundlegend reformieren. Wir streben eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Neuordnung des Übergangssystems an. Deren Ziel ist eine Ersetzung des bestehenden Flickenteppichs durch wenige Programme. Hierzu sollen die verschiedenen Angebote beim Übergang von der Schule in den Beruf optimiert werden sowie die Aufgabenverteilung zwischen Bund (Agentur für Arbeit), Ländern und Kommunen klarer festgelegt werden.
- Wir wollen die duale Ausbildung grundsätzlich attraktiver machen. Hierfür gilt es Karrierewege nach der Erstausbildung aufzeigen, beispielsweise durch die Systematisierung von Zusatzqualifikationen und die Möglichkeit, neben der Ausbildung die Fachhochschulreife zu erwerben.
- Durch erleichterte Hochschulzugänge für Meister/innen und Facharbeiter/innen stellen wir Aufstiegsmöglichkeiten sicher. Gemeinsam mit den baden-württembergischen Hochschulen und auf der Grundlage bereits erfolgreicher Modellversuche werden wir unbürokratische Zugangswege auch für Menschen ohne (Fach-)Abitur oder FH-Reife schaffen und die Anerkennung beruflicher Qualifikationen im Rahmen von Studiengängen gezielt ausbauen. Das berufsbegleitende Studieren muss ermöglicht werden.
- Durch die Förderung einer Kultur des lebensbegleitenden Lernens und die Entwicklung von alternsgerechten Arbeitsmodellen gemeinsam mit Betriebsräten, Gewerkschaften und Arbeitgebern werden wir die Teilhabe von Älteren am Arbeitsleben sicherstellen.
- Auch in der Arbeitsmarktpolitik muss sich der Fokus ändern – bei Fachkräftebedarf braucht die Arbeitsmarktpolitik eine neue Perspektive hin zu berufsqualifizierenden Abschlüssen in der Arbeitsförderung.
- Mit einem Weiterbildungsfreistellungsgesetz schaffen wir für die Beschäftigten Voraussetzungen, einen eigenen Beitrag zur Sicherung und Steigerung ihrer Qualifikation zu leisten.
- Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für die lebensbegleitendes Lernen, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für alternsgerechte Arbeitsbedingungen und für die Integration von Migrantinnen und Migranten auch auf Bundes-

559 ebene verbessert werden. Hierzu gehören ein modernes an den wirtschaftlichen Interes-
560 sen und unseren humanitären Verpflichtungen gleichermaßen ausgerichtetes modernes
561 Zuwanderungsrecht ebenso, wie die Weiterentwicklung der bisherigen Arbeitslosenversi-
562 cherung zu einer Arbeitsversicherung, die eine verlässlichen Finanzierung von Fort- und
563 Weiterbildung sicherstellt.

564
565 Wir sind entschieden gegen das Betreuungsgeld. Die finanziellen Mittel werden für den wei-
566 teren Ausbau der Kleinkindbetreuung benötigt. Das Betreuungsgeld ist ein Fehlanreiz, der
567 Frauen, die wir als Fachkräfte dringend brauchen, vom Arbeitsmarkt fernhält.

568
569

570 ***Durch aktive Arbeitsmarktpolitik Vollbeschäftigung erreichen***

571
572 Das Land Baden-Württemberg trägt nach unserer Auffassung arbeitsmarktpolitische Verant-
573 wortung. Als Partner der Regionaldirektion für Arbeit und zusammen mit anderen Akteuren
574 gestaltet Landespolitik Arbeitsmarktpolitik aktiv mit.

575
576 Es ist ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik, arbeitslosen Menschen wieder neue
577 Perspektiven zu eröffnen und Vollbeschäftigung zu erreichen. Unsere Gesellschaft muss
578 allen eine Chance geben. Dabei wollen wir sicherstellen, dass auch benachteiligte Gruppen
579 wieder ins Arbeitsleben eingegliedert werden. Deshalb hat das SPD-geführte Arbeits- und
580 Sozialministerium unter dem Titel „Gute und sichere Arbeit“ ein eigenes Arbeitsmarktpro-
581 gramm auf den Weg gebracht. Zielgruppen sind benachteiligte Jugendliche und Langzeitar-
582 beitslose mit multiplen Vermittlungshemmnissen.

583
584 • Wir setzen uns auf der Landesebene dafür ein, dass die Kommunen ihren bundesgesetz-
585 lich zugestandenen Handlungsspielraum tatsächlich zugunsten einer regional und indivi-
586 duell abgestimmten Arbeitsmarktpolitik nutzen können.

587
588 • Wir sehen insbesondere Defizite in der individuellen Betreuung von Arbeitssuchenden
589 mit Vermittlungshemmnissen. Ein wesentlich verbesserter Betreuungsschlüssel und eine
590 unterstützende Qualifizierung der Integrationsfachkräfte in den Jobcentern sind hierzu er-
591 forderlich.

592
593 • Der aktiven Arbeitsmarktpolitik kommt im Hinblick auf den Fachkräftebedarf eine zentrale
594 Rolle zu. Für beide Rechtskreise muss daher gelten, dass aktive Arbeitsmarktpolitik stets
595 vorrangig auf eine Integration in reguläre Beschäftigung ausgerichtet ist. Das gilt auch
596 bei Beschäftigten am sozialen Arbeitsmarkt. Daher muss sichergestellt werden, dass nur
597 solche Arbeitslose im sozialen Arbeitsmarkt beschäftigt werden, die auf absehbare Zeit
598 keine Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt finden.

599
600 • Durch ein gemeinsam mit der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit zu entwickelndes
601 und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds zu finanzierendes Qualifizierungspro-
602 gramm „Wir machen aus Arbeitern Facharbeiter“ wollen wir sicherstellen, dass An- und
603 Ungelernte auch weiterhin eine Chance auf baden-württembergischen Arbeitsmarkt ha-
604 ben.

605
606 • Der zunehmende Bedarf nach Fachkräften verlangt eine stärker langfristige Ausrichtung
607 der aktiven Arbeitsmarktpolitik, d.h. mit Blick auf die langfristigen Perspektiven am Ar-
608beitsmarkt. Maßnahmen und Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik müssen in die-
609 sem Zusammenhang stärker als bisher als Investitionen aufgefasst werden.

610
611 • Zunehmende Risiken im Erwerbsverlauf erfordern eine Modernisierung der Arbeits-
612 marktpolitik durch die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeits-
613 versicherung. Auch der Erhalt, die Anpassung und Weiterentwicklung von Qualifikationen
614 muss gesichert werden. Dies gilt im Besonderen für Geringqualifizierte, da sie die höchst-

615 ten Arbeitsmarktrisiken tragen und die geringsten Möglichkeiten zur Weiterbildung haben.
616 Häufigere Übergänge zwischen unterschiedlichen Erwerbsformen machen die verbindliche
617 Einbeziehung von Selbständigen in die sozialen Sicherungssysteme notwendig. Wir
618 wollen für Selbständige die bislang freiwillige Arbeitslosenversicherung zu einer verpflichtenden
619 Erwerbsversicherung weiterentwickeln.

620
621 Nur mit verlässlichen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten konnte ein dramatischer Beschäftigungseinbruch
622 im Industrieland Baden-Württemberg aufgefangen werden. Angesichts der bestehenden wirtschaftlichen
623 Unsicherheiten brauchen wir diese jederzeit abrufbaren arbeitsmarktpolitischen Instrumente als unerlässliche
624 Stabilisatoren.

625
626

627 ***Unternehmensfinanzierung und Banken***

628
629 Eine stabile wirtschaftliche Entwicklung setzt ein stabiles Bankensystem voraus, das den
630 Unternehmen der Realwirtschaft verlässliche Finanzierungen bietet. Das Finanzsystem hat
631 eine wichtige Funktion für die Wirtschaft, es ist aber für die Realwirtschaft da und nicht umgekehrt.
632 Der Finanzsektor hat eine „dienende Funktion.“ Wir benötigen ein leistungsfähiges
633 Bankensystem, das auch in wirtschaftlich angespannten Situationen die Wirtschaft mit Liquidität
634 und Krediten versorgt. Gerade die gewollten Prozesse der sozial-ökologischen Modernisierung
635 und der Wende in der Energiepolitik erfordern tragfähige Finanzierungslösungen.

636

- 637 • Deshalb stehen wir zu einem Landesbankensystem, das in öffentlicher Hand bleibt und die
638 eigentliche Kernaufgabe, die Finanzierung der Wirtschaft, verantwortungsbewusst wahrnimmt.
639
- 640
641 • Für Handwerksbetriebe, Gewerbetreibende und mittelständische Unternehmen haben
642 sich die Genossenschaftsbanken und Sparkassen aufgrund ihrer regionalen Dezentralität bewährt.
643 Diese darf durch eine europäische Einlagensicherung nicht gefährdet werden.
644
- 645 • Wir stehen zu Bürgschaften des Landes für zeitweise in wirtschaftliche Schwierigkeiten
646 geratene Unternehmen, um deren Bestand zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern.
647
- 648 • Aus der Schlecker-Insolvenz wollen wir Konsequenzen ziehen. Insolvenzverschleppung
649 soll auch für eingetragene Kaufleute strafbar sein. Das Insolvenzrecht ist in seinen Fristsetzungen
650 kleinteiligen, unübersichtlichen Betriebsstrukturen anzupassen, um Sanierungen zu ermöglichen.
651

652

653

654 ***Moderne Infrastruktur***

655

656 Ein wirtschaftlich leistungsfähiges Land braucht eine leistungsfähige Infrastruktur in den Bereichen
657 Verkehr, Energie, Netze und Telekommunikation. Wirtschaftliche Entwicklung und ökologischer
658 Umbau setzen eine moderne Infrastrukturpolitik voraus. Der Ausbau der Infrastruktur erfolgt
659 beteiligungsorientiert und bezieht die Bürgerinnen und Bürger umfassend und frühzeitig ein.
660

661

- 662 • Der ökologische Umbau setzt systemische Innovationen voraus im Bereich des Netzausbaus,
663 der Stromspeichertechnologien und dem Ausbau der Windenergie.
664
- 665 • Eine flächendeckende Breitbandversorgung ist die Voraussetzung von Teilhabe und wirtschaftlicher
666 Entwicklung. Deshalb hat das Ziel, auch den ländlichen Raum mit einem schnellen Internet zu versorgen,
667 hohe Priorität. Die digitale Kluft zwischen ländlichem Raum und Ballungszentren muss geschlossen werden.
668 Landespolitik hat auf die unterversorgten Gebiete hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass über Förderungen die er-
669

670 forderlichen Breibandinvestitionen schnell erfolgen. Dies fördert die wirtschaftliche Ent-
671 wicklung ländlicher Regionen.
672

- 673 • Die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg zieht ihre Stärke aus der Fläche. Nicht
674 nur in Ballungsräumen, sondern auch in den ländlichen Regionen befinden sich Unter-
675 nehmen, die führend auf dem Weltmarkt agieren. Durch eine ausgewogene Wirtschafts-
676 und Infrastrukturpolitik ist sicherzustellen, dass diese dezentrale Stärke in der Fläche er-
677 halten bleibt.
678
- 679 • Nachhaltige Mobilität erfordert eine integrierte Verkehrspolitik mit verkehrsträgerübergrei-
680 fenden Konzepten sowie eine Verlagerung auf umweltschonende Verkehrsmittel. Beim
681 Gütertransport müssen umweltfreundliche Verkehrsträger, wie der Schienenverkehr und
682 die Binnenschifffahrt gestärkt werden. Ein wichtiger Teil der Infrastrukturpolitik besteht in
683 der bedarfsgerechten Modernisierung der Verkehrsnetze sowie im Ausbau bei Engpäs-
684 sen. Ein vordringliches Ziel muss es sein, vorhandene Verkehrswege optimal zu nutzen
685 und die Effizienz zu steigern.
686

687 **Nachhaltige Logistik**

688
689 Baden-Württemberg ist einer der wichtigsten Logistikmärkte und -standorte in Deutschland.
690 Insbesondere durch die exportstarken Branchen, wie der Automobil-, Maschinenbau-, Elekt-
691 ro- und chemischen Industrie, kommt dem Logistiksektor eine besondere Bedeutung im
692 Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu. Zudem ist der Logistiksektor eine Wachstums-
693 branche, die für zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse sorgt. Derzeit sind fast ein Zehntel
694 der Gesamtbeschäftigten in Baden-Württemberg in der erweiterten Logistikbranche tätig.
695

696 Das zunehmende Wachstum beim Gütertransport bedeutet aber auch große Herausforde-
697 rungen in Bezug auf Klima- und Umweltschutz, demografischen Wandel und veränderte Ar-
698 beitsbedingungen und Qualifizierungsanforderungen.
699

- 700 • Notwendig ist ein gemeinsamer Dialog unter Beteiligung der Transport- und Logistik-
701 branche, aller betroffenen Verbände und der Wirtschafts- und Umweltverbände, Gewerk-
702 schaften, Wissenschaft sowie der Politik zur Fortentwicklung eines nachhaltigen und
703 möglichst integrierten Güterverkehrskonzeptes.
704
- 705 • Das gemeinsame Konzept für eine nachhaltige Mobilität muss auf die Herausforderun-
706 gen eingehen, die im Zuge des steigenden Verkehrsaufkommens bei gleichzeitig verän-
707 derten Logistikbedarfe und Mobilitätsbedürfnissen auftreten. Dabei stehen die Ziele der
708 wirtschaftlichen Effizienz, der Umweltfreundlichkeit und der sozialen Verantwortung im
709 Mittelpunkt.
710
- 711 • Insbesondere die in der Logistikbranche zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmen
712 (KMU) müssen bei dem Thema Nachhaltige Logistik eingebunden werden. Diese Unter-
713 nehmen können von einem gemeinsamen Dialog profitieren, wenn sie ihre bereits beste-
714 henden, innovativen Einzelmaßnahmen trotz begrenzter Kapazitäten ganzheitlich ver-
715 knüpfen.
716

717 718 ***Mit der sozial-ökologischen Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik die Zukunft gestal-*** 719 ***ten***

720
721 Mit dem politischen Wechsel im März 2011 hat zugleich eine Neuausrichtung der Wirt-
722 schaftspolitik in unserem Lande stattgefunden. Wir wollen den Erfolg der baden-
723 württembergischen Wirtschaft zukunftsfest machen. Wir wollen eine gute Wirtschaft und ein
724 soziales Baden-Württemberg. Mit einem neuen Politikstil der Beteiligung wollen wir gemein-
725 sam das Projekt der sozial-ökologischen Modernisierung der Wirtschaft voranbringen. Der

726 ökologische Umbau der Wirtschaft ist eine Herausforderung mit neuen Chancen für eine
727 nachhaltige Zukunft. In gemeinsamer Verantwortung können wir die wirtschaftlichen Grund-
728 lagen unseres Landes weiterentwickeln und den Wohlstand mehren für ein soziales Baden-
729 Württemberg.
730